



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/166 - 20.7.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Der Verfassungstreit und die Regierung	S. 1
Erste Schlappe McCarthy's	S. 3
Zum Soldatentreffen in Hannover	S. 5
Die geschichtliche Bedeutung des 17. Juni	S. 7

Angst vor dem Recht

sp. Die Angst vor dem Recht, die Furcht davor, einer verfassungswidrigen Handlung auch gerichtlich überführt zu werden, hat die Bundesregierung erneut zu dem Versuch getrieben, die verfassungsgerichtliche Entscheidung über die westdeutsch-alliierten Verträge zu verzögern. Seit zwei Jahren stehen die Regierung und die Koalitionsparteien unter der Beschuldigung, unsere Verfassung verletzt zu haben, indem sie verfassungswidrige Verträge unterzeichneten und billigten. Trotzdem greift die Koalition zu jedem Mittel, um eine verfassungsgerichtliche Entscheidung über die schwerwiegendste aller in einer Demokratie möglichen Beschuldigungen hinauszuzögern - wenn nicht sogar zu verhindern.

Das letztere wird ihr freilich weder heute noch nach den Wahlen gelingen, denn man kann wohl, wie die Regierung es tut, das Recht fürchten, es deshalb zu überspielen oder niederzuzwingen suchen. Aber das Recht erhebt sich wieder und bleibt die Grundlage aller politischen Entscheidungen. Die Verzögerung ist der Bundesregierung leider wiederholt gelungen. Es begann damit, dass der Bundeskanzler im Bundestag die Feststellungsklage von 147 Bundesabgeordneten als "überflüssig" bezeichnete, es ging damit weiter, dass eine "Erkrankung" Staatssekretärs Hallsteins herhalten musste, um in Karlsruhe eine Vertagung zu gewinnen (nach einem seinerzeit in CDU-Kreisen kursierenden Wort: "die Berater des Führers sind krank, die Regierung ist

arbeitsunfähig"). Dann unterstellte Justizminister Dehler dem Verfassungsgericht politische Motive und demonstrierte als Justizminister in mehreren Reden die ihm dann von Karlsruhe vorgeworfene "mangelnde Achtung vor dem Eigenwert des Rechts". Als im Dezember 1952 das Gericht dem grausamen Spiel dadurch ein Ende machte, dass es das vom Bundespräsidenten angeforderte Gutachten mit 20:2 Stimmen für beide Senate als verbindlich erklärte, führte die Regierung einen Verfassungskonflikt herbei, in den sie auch noch den Bundespräsidenten hineinzog - alles nur um eine Entscheidung darüber, ob die Vorträge "Recht" sind, zu verhindern. Als dann schliesslich das von der Bundesregierung zum Schweigen gezwungene Recht über die Frage des Zustimmungsrechts des Bundesrates sich erneut zu Wort meldete, wurde es von der Bundesregierung unter einem bis in die Landesregierungen hinein reichenden Druck einmal mehr niedergehalten. Und es ergab sich das nach zwölf Jahren Hitler-Diktatur und angesichts unserer Auseinandersetzung mit dem rechtlosen Regime des Ostens, beschämende Schauspiel, dass sich unter den Ländern eine Mehrheit fand, die bereit war, ein verfassungsmässiges Recht preiszugeben. Das war am 15. Mai dieses Jahres. Seitdem läuft eine neue Normenkontrollklage von 147 Bundestagsabgeordneten mit dem Ziel, die Verfassungswidrigkeit der westdeutsch-alliierten Verträge durch das oberste Gericht feststellen zu lassen und das in der Verfassung gesetzte Recht auch bei aussenpolitischen Verträgen wieder zur unantastbaren Grundlage zu machen.

Die damit zusammenhängenden verfassungsrechtlichen und politischen Fragen sind dem Verfassungsgericht, der Bundesregierung, den Koalitionsparteien und den klagenden 147 Abgeordneten seit nahezu zwei Jahre vertraut. Trotzdem hat sich die Regierung nicht gescheut, eine erneute Vertagung in Karlsruhe zu beantragen. Da die überfällige gerichtliche Entscheidung nicht das geringste mit den bevorstehenden Wahlen zu tun hat, haben die 147 klagenden Bundestagsabgeordneten daraufhin eine definitive Terminansetzung (in der Woche nach dem 15. August) in Karlsruhe beantragt. Es ist nach dem hier nur kurz skizzierten Verlauf des bisherigen Verhaltens der Bundesregierung keine Überraschung, wenn nun das mit Steuergeldern Propaganda für die Regierungsparteien treibende Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und die Parteikorrespondenz der CDU aufschreiben. Es ist verständlich, wenn jemand der fürchtet, einer rechtswidrigen Tat überführt zu werden, schreit, wenn ihm das Weglaufen vor dem Recht nicht mehr möglich ist. Aber das hilft so wenig wie etwaige Absichten, zu einem Fließzeit umgemünzte Wahlen zu einer Art Amnestie für Verfassungsbrecher werden zu lassen. Nicht nur der zu erwartende Wählerentscheid, sondern vor allem das Recht bleibt, solange die Bundesrepublik den Anspruch erheben kann, eine Demokratie zu sein, stärker als alle Versuche und Pläne das Recht niederzuzwingen.

Abschliessend noch eine Bemerkung: wie schlecht ist es um die Position einer Regierung bestellt, die in ihrer Aussenpolitik das Licht des Rechts ebenso scheuen muss, wie eine Viererkonferenz vor den Wahlen, gegen die sich die Koalitionsparteien noch am 1. Juli in namentlicher Abstimmung wandten. Mit Wahlparolen und empörtem Getöse kann die Koalition weder über ihre Verfassungsverletzungen, noch darüber hinwegtäuschen, dass ihre Politik der Unterordnung des halben Deutschlands und deutscher Soldaten unter das Oberkommando anderer Mächte - unter Preisgabe der verfassungsmässigen Handlungsfreiheit für die deutsche Einheit und des deutschen Anspruchs auf Sicherheit - geschoitert ist.

+ . + +

Die Kraftprobe zwischen Eisenhower und McCarthy
auf dem Höhepunkt

W.St., New York, Mitte Juli

Was alle gründlichen Kenner der amerikanischen Innenpolitik seit gut drei Monaten vorausgesagt haben, ist nunmehr eingetroffen. Der ehrgeizige, draufgängerische, seine augenblickliche Popularität zielbewusst für sich ausnützende Senator Joseph McCarthy, rechter Flügelmann der Republikanischen Partei und dank seiner rücksichtslosen Methode, seine Position entschlossen zu verstärken, mittlerweile zu einer Grossmacht in der amerikanischen Innenpolitik herangewachsen, war drauf und dran, die Autorität Eisenhower im Parlament zu unterminieren, die ganze Parteimaschinerie in seinen Bann zu ziehen und de facto selber die Regierungsgewalt zu übernehmen, also sozusagen ein Vetorecht über Kabinettsbeschlüsse zu beanspruchen. Gegen diesen Zustand ist nun endlich der einzige Mann im Lande aufgestanden, der imstande ist, McCarthy wirksam entgegen zu treten: Präsident Eisenhower selber.

Die politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den nationalistischen "Rechten" und den gemässigten und modern denkenden "Liberalen" sind innerhalb der Republikanischen Partei nicht neu. Eisenhower ist als Exponent der "Liberalen" gegen den konservativen Taft zum Präsidentschaftskandidaten aufgestellt worden, und es war anzunehmen, dass diese Kluft zwischen den beiden Schattierungen in der Alltagspolitik einer republikanischen Regierung nicht kleiner werden wird. Eisenhower tat sein möglichstes, um die interne Harmonie innerhalb der Partei zu erhalten; er bot den Konservativen Kompromiss um Kompromiss an, er liess es zu, dass McCarthy faktisch die amerikanische Aussenpolitik in die Hand nahm und Staatssekretär Dulles unter ständige Zensur zu setzen begann, dass er verdiente Beamte auf McCarthy's Druck entfernte und Vertrauensleute des Senators in wichtige Stellungen setzte, - und nach dem ersten grossen Sieg über McCarthy, als dieser vergeblich die Ernennung von Charles Bohlen zum Botschafter in Moskau zu torpedieren suchte, versprach Eisenhower sogar dem Senator, in Zukunft keine "unstrittenen" Persönlichkeiten mehr auf wichtige Posten stellen zu wollen.

Rechte ohne Hemmungen

Aber diese Politik des "Appeasement" half nur wenig. Wäre vielleicht Senator Robert Taft, dessen Einfluss auch bei den dynamischen Nationalisten auf dem rechten Flügel der Partei sehr gross ist, nicht plötzlich sehr ernsthaft erkrankt, so wäre es ihm wohl gelungen, diese radikale Fraktion im Zaum zu halten; aber Taft musste aus Gesundheitsgründen aus der Alltagspolitik ausscheiden, sein Nachfolger als Vorsitzender der republikanischen Senatsfraktion, Knowland, ist selber einer der Aktivsten vom rechten Flügel, und so gab es für die Rechte keine Hemmungen mehr. Der ganze politische Erfolg des Experiments Eisenhower stand auf dem Spiel, und der Gefahr, dass die erste republikanische Regierung der USA nach zwanzig Jahren erfolgreicher Herrschaft der Demokraten, nunmehr von ihren eigenen Parteifreunden torpediert und zum Scheitern gebracht wird, konnte und durfte Eisenhower nicht länger tatenlos zusehen. Er griff ein und opferte dabei sein Ideal der "inneren Parteiharmonie", - was dem loyalen Manne nicht leicht gefallen sein dürfte.

Auf einer grossen Reise durch das Land, in der zweiten Juniwoche erkannte der Präsident, dass seine eigene persönliche Beliebtheit im Volk nach wie vor noch überwältigend gross ist, während die Aktien der republikanischen Partei im Volk schon gefallen sind. Er hat erkannt, dass, selbst wenn bei einer Kraftprobe mit seinen extremistischen Parteifreunden er nicht zuverlässig auf die Mehrheit der republikanischen Parlamentarier rechnen kann, er doch einen unersetzlichen Verbündeten in den breiten Volksmassen hat, die treu zu ihm stehen, und dass kein McCarthy, und keiner von dessen engeren Freunden, es wagen wird, gegen diese Front Eisenhower-Volk aufzustehen.

Wendepunkt in der Innenpolitik

Und in der Tat hat der Präsident seither aufgehört, kompromisslerisch und versöhnend zu sein, und hat den Verzweiflungskampf um seine eigene Autorität aufgenommen. Er hat mit dem Spuk der Bücherverbrennungen und Buchzensur in den Auslandsbüchereien des State Departments aufgeräumt, der auf McCarthys Druck zurückging; er hat insistiert, dass der Kongress das Gesetz über gegenseitige Handelsverträge erneuert und keine Schutzzoll-Hochburg errichtet; er hat sich geweigert, vor Syngman Rhee's weitgehenden Forderungen zu kapitulieren, obwohl Rhee einige mächtige Fürsprecher im amerikanischen Senat hat, eben die rechtsstehenden Senatoren Knowland und McCarthy; er hat darauf gedrungen, dass der Kongress auch dieses Jahr wieder eine bestimmte Summe für die Auslandshilfe aussetzt, wenn er auch nicht einschränkende und reduzierende Kautelen und Klauseln verhindern konnte; er hat sich geweigert, McCarthys Forderung nach Entlassung weiterer zuverlässiger Staatsbeamter zu erfüllen, bloss weil diese betreffenden Beamten noch aus der Ära Truman stammen, - und er hat endlich sich überaus scharf und rücksichtslos von McCarthy distanziert, als dessen erster Assistent Mathews einen sinnlosen Angriff auf Amerikas protestantische Geistlichkeit lanciert hatte; Mathews hatte, von McCarthy gedeckt, erklärt, dass die protestantische Geistlichkeit "zum grossen Teile" kommunistisch durchsetzt sei und kommunistischen Manövern Vorspanndienste leiste. Mit dieser Attacke auf die protestantischen Kirchen Amerikas, ein Gebiet, auf dem die Amerikaner keinen Spass verstehen, hatte der kämpferische Senator von Wisconsin offensichtlich den Bogen überspannt.

Eisenhowers scharfe Zurückweisung der Methoden und Ziele McCarthys in allen diesen Fällen der letzten Tage bedeutet zweifellos einen Wendepunkt in der amerikanischen Innenpolitik. Eine kurze Zeitlang hat es ausgesehen, als ob dem "McCarthyismus" keine Grenzen gesetzt seien; jetzt hat die höchste Autorität des Landes selber diese Grenzen sehr klar gezogen. Senator McCarthy und der von ihm symbolisierte extrem-nationalistische Geist sind damit noch nicht endgültig geschlagen, aber sie beherrschen doch nicht mehr das Feld, und der Nimbus der Unwiderstehlichkeit ist von ihnen gefallen. McCarthy hat, zum ersten Male in seinem Leben, eine grosse Schlacht verloren.

+ + +

Demonstration für den VDS

-gg- Aus der kaum mehr zu registrierenden Zahl der allsonntäglichen Treffen soldatischer Traditionsgemeinschaften und Bünde hob sich die Veranstaltung des VDS in Hannover am 18. und 19. Juli klar heraus. Das wurde nicht nur deutlich durch die Teilnahme des Bundespräsidenten, des Vizekanzlers, des Bundesministers Hellwege und der Länderminister Kraft und Albertz, sondern auch durch die starke Beteiligung ehemaliger Soldaten aller Waffengattungen und des RAD (Reichsarbeitsdienstes) mit Angehörigen. Etwa 3000 frühere Waffen-SS-Soldaten stellten das geschlossenste, wenngleich gar nicht auffällige Kontingent. Die von 10 000 Teilnehmern besuchte Kundgebung in der Niedersachsenhalle stand unter der Devise "Soldat und Volk".

Die Veranstaltung brachte dem VDS erneut in den Mittelpunkt soldatischer Sammlungsbestrebungen. Bindende Abreden wurden jedoch in Hannover nicht getroffen. Nach mehreren gescheiterten Versuchen, eine Dachorganisation der deutschen Soldatenbünde zu schaffen, hütet man sich jetzt vor überstürzten Beschlüssen. Der VDS, der die Mehrheit der ehemaligen Berufssoldaten umfasst, bringt allerdings für die Sammlungsbestrebungen einige gute Voraussetzungen mit, die ihm die Mittlerrolle sichern könnten. Seine Mitglieder sind fast alle auch Mitglieder, wenn nicht sogar Sprecher und treibende Kräfte in den Traditionsgemeinschaften ihrer früheren Waffengattungen. Er besitzt in dem ruhigen und ausgleichenden Admiral a.D. Hansen einen Vorsitzenden, dessen ehrgeizlose Uneigennützigkeit allgemein anerkannt wird. Schliesslich wirkt auch das vom VDS vertretene Prinzip der Unabhängigkeit sowohl von Subventionen als auch von parteipolitischen Einflüssen anziehend. Man erinnert sich, dass, wie jetzt in Hannover, auch auf seinen bisherigen Delegierten-Tagungen Redner der Koalitionsparteien und der Opposition zu Worte kamen, während der Kyffhäuserbund nur Redner aus dem Regierungslager zu seiner Godesberger Bundesversammlung gebeten hatte. Der Kyffhäuserbund erhob damals aufgrund einer betonten Unterstützung durch die Regierung Führungsansprüche, die er jedoch nach fast einhelliger Ablehnung durch die Traditionsgemeinschaften und den VDS aufgeben musste.

Die Tagung in Hannover war eine echte Demonstration für den VDS und seine bisherige Haltung. Mindestens in Norddeutschland scheint damit seine führende Stellung anerkannt zu sein. Dem Wunsch nach einem einheitlichen Soldatenbund, der in den Reden des Vizekanzlers und der Sprecher der Gruppen und Bünde, von RAD, Marine, Heer, Luftwaffe und Waffen-SS laut wurde, begründet in dem Bedürfnis nach allgemeiner Anerkennung eines loyalen soldatischen Elementes im neuen Staat, entspricht zweifellos nach keine einheitliche Konzeption. Dem VDS haben sich bisher auf lokaler Ebene die meisten Hiags (Hilfsgemeinschaften auf Gegenseitigkeit der Waffen-SS) korporativ angeschlossen. In vielen Orten und Kreisen ist der VDS unbestritten federführend in den losen Arbeitsgemeinschaften der soldatischen Verbände. Diese sind aber andererseits längst nicht alle bereit, den VDS als Dachorganisation auf Bundesebene anzuerkennen. Der VDS steht seinerseits, nach dem der Kyffhäuserbund seine überheblichen Führungsvorstellungen begraben hat, auch zu dieser Organisation in freundlichen Beziehungen.

Die Tagung in Hannover verlief diszipliniert und würdig. Die einzige politische Forderung, die der ehemalige General der Waffen-SS Gille unter Beifall erhob, war die nach endgültiger Anerkennung der soldatischen Verbände der SS als gleichberechtigte Soldaten. Der Widerspruch, den der sozialdemokratische Minister Albrecht auf einige Bemerkungen gegen die EVG-Pläne von Teilen der Versammlung erlebte, beweist einen gewissen Stimmungswandel in den Reihen der ehemaligen Soldaten, ohne dass die grundsätzlich kritische Einstellung der meisten aufgegeben wäre. Gesprächsweise war zu erfahren, dass der VDS seine Beziehungen nach allen Seiten weiterpflegen will. Er sucht gegenwärtig eine Auseinandersetzung mit dem DGB, der, so ist der Eindruck, gelegentlich den VDS und ihm befreundete befreundete Soldatenbünde summarisch für anti-gewerkschaftlich im Sinne des Stahlhelm zu halten schien.

+ + +

Wir bringen im folgenden Abschnitte aus einer Rede, die der Leiter des Ostbüros der S.P.D., Thomas, am Montag abend über Rias gehalten hat.

D.Red.

Die fortwirkenden Folgen des 17. Juni

In der Sowjetzone hat eine neue Verfolgungswelle gegen Sozialdemokraten begonnen. Im "Neuen Deutschland", dem Zentralorgan der SED, wird die Jagd auf Sozialdemokraten als die "wichtigste politische Aufgabe aller Leitungen der Partei, vom ZK angefangen, über die Bezirksleitungen bis zu den Grundorganisationen" bezeichnet. Als Hauptschuldiger am Aufstand werden im "Neuen Deutschland" die Sozialdemokraten und das Ostbüro der SPD bezeichnet.

Wörtlich heisst es in diesem Artikel u.a.:

"Die Schumacherleute haben mehr als einmal und zuletzt am 17. Juni alles getan, um unsere Arbeit zu stören und zu durchkreuzen. Gerade darauf liefen die Aufträge des Ostbüros hinaus."

Der Artikel gipfelt dann in der Aufforderung zum Terror, um, wie es im "Neuen Deutschland" heisst, "der feindlichen Tätigkeit der Sozialdemokraten in den Betrieben ein Ende zu bereiten."

Die ganze Welt weiss, und keine kommunistische Verleumdung kann das ändern, dass der Aufstand vom 17. Juni kein "faschistisches Abenteuer" war, sondern der spontane revolutionäre Akt der Arbeiterschaft der Sowjetzone gegen ein verhasstes Ausbeuterregime, das jede Existenzberechtigung verloren hat.

Alle seit dem 17. Juni von der SED und ihren Handlangern gemachten Schuldbekanntnisse, Erklärungen und Diffamierungen können die historische Bedeutung des Aufstandes der Arbeiter Mitteldeutschlands nicht ungeschehen machen und bleiben völlig wirkungslos. Wie kläglich sind auch angesichts der überragenden geschichtlichen Bedeutung dieses Aufstandes die Versuche dieser Ulbricht, Grotewohl und dergleichen, sich gegen den erklärten Willen des Volkes mit dem Mittel eines verschärften Terrors und unter dem Schutz der Panzer und Bajonette der sowjetischen Besatzungsmacht an der Macht zu halten.

Nichts zeigt den völligen Zusammenbruch der SED eindeutiger, als der Appell dieser sogenannten "Arbeiter"-Partei an die sowjetische Besatzungsmacht, den Ausnahmezustand zu verhängen, um das Regime vor der drohenden Liquidation durch die Arbeiterklasse zu retten. Diese kommunistische Epigonengarnitur mit Ulbricht an der Spitze, die 1945 unter dem Schutz der Roten Armee nach Deutschland kam, musste jetzt nach achtjähriger Terrorherrschaft durch die Panzer und Bajonette der Sowjetarmee vor dem völligen Untergang gerettet werden.

Dies und nichts anderes war Ursprung und Sinn des Aufstandes: Die Arbeiter Mitteldeutschlands wollten vor der Welt zeigen, dass sie die unmenschlichen Zustände in der Sowjetzone nicht mehr länger hinnehmen können. Sie können es nicht länger ertragen, ausgebeutet, geknecelt, belogen, unterdrückt und verleumdet und - wie es jetzt von neuem immer wieder versucht wird, und das "Neue Deutschland" ist dafür der beste Beweis - von den Ulbricht, Grotewohl und Konsorten mit leeren Phrasen verhöhnt zu werden. Der Hunger und die Not, die unmenschlichen Arbeitsbedingungen, der Terror der SED, die aufdringliche Lügenpropaganda der SED, das tägliche Schikanieren und Kommandieren durch die dummdreisten linientreuen Funktionäre, die Abrügelung gegen Westberlin und Westdeutschland, die völlige Isolierung von der freien Welt, all das muss endlich aufhören! Das ist der Wille der Arbeiterschaft in der Sowjetzone.

Das Echo der Welt auf den Aufstand in der Sowjetzone hat bewiesen, und die Zukunft wird es weiter bestätigen, dass die Opfer des 17. Juni nicht umsonst gebracht worden sind. Sie haben eine Entwicklung in Fluss gebracht, an deren Ende die Freiheit und die Wiedervereinigung Deutschlands stehen wird.

Der 17. Juni war ein grosser Sieg im Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands. Für die Sozialdemokratische Partei, die diesen Kampf um die Einheit des Vaterlandes seit 1945 unbeirrt von allen taktischen Manövern und kleineuropäischen Konzeptionen verschiedener Art geführt hat, war dieser Kampf um die Einheit Deutschlands immer die zentrale Aufgabe ihrer gesamten Politik. Die Tatsache, dass der Aufstand in der Sowjetzone am stärksten in den traditionellen Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung zur Auswirkung kam, erfüllt die sozialdemokratische Partei mit Stolz und Bewunderung und bedeutet zugleich eine erneute Verpflichtung, den Kampf um die Einheit Deutschlands mit verstärkter Kraft weiterzuführen.

Eine der ersten und für die Zukunft entscheidenden Auswirkungen des Arbeiteraufstandes in der Sowjetzone ist die Herbeiführung einer Wende im Verhalten der freien Welt zur Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit. Die Lösung der deutschen Frage ist damit zum zentralen Problem der Weltpolitik geworden. Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat in seiner ersten Stellungnahme zum Aufstand die Bedeutung des Juniaufstandes für die Verwirklichung der deutschen Wiedervereinigung in Freiheit in den Vordergrund gestellt. Damit hat die SPD den entscheidenden Impuls für den freien Teil Deutschlands gegeben, um die fortreichende Wirkung der Erhebung in Mitteldeutschland zur stärksten Entfaltung zu bringen.

Infolgerichtiger Fortführung dieser Politik hat die Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei dann am 1. Juli einen Antrag im Bundestag eingebracht, mit der Forderung nach sofortigen Viermächteverhandlungen, um damit die entscheidende Voraussetzung für die Durchführung freier Wahlen zur Herstellung der Einheit Deutschlands zu ermöglichen. Dieser Antrag der sozialdemokratischen Fraktion ist bedauerlicherweise von den Bonner Koalitionsparteien abgelehnt worden. Trotz dieser Ablehnung bleibt jedoch aufgrund des Aufstandes vom 17. Juni die Wiedervereinigung Deutschlands die zentrale Aufgabe der deutschen Politik, und die Sozialdemokratische Partei wird alle Kräfte des deutschen Volkes mobilisieren, um die Wiedervereinigung Deutschlands zu verwirklichen.

Weder die Bundesregierung noch irgendeine Partei können sich auf die Dauer der elementaren Kraft entziehen, die vom gesamten deutschen Volk in der Frage der Wiedervereinigung entwickelt wird, und man sollte endlich aufhören, gegen den Kampf der Sozialdemokratischen Partei um die Wiedervereinigung Deutschlands mit diffamierenden Unterstellungen zu operieren, die in Anbetracht der neu einsetzenden Verfolgungswelle gegen die kämpfenden Sozialdemokraten in der Sowjetzone nur als peinlich bezeichnet werden müssen. Peinlich wegen der instinktlosen Verknüpfung echter Fronten und Gegner.